

## **Von der Theorie zur Praxis**

### ***Frauenpolitik neu denken! SPÖ-Frauen Oberösterreich, 8.10.2016***

Zum Thema Frauen und Politik bzw. Frauen und Macht wurde ab dem Beginn der Zweiten Frauenbewegung einiges gesagt und geschrieben und ab den 1990er Jahren analysierte eine feministische Politikwissenschaft die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Bedingungen für „Politik als Beruf“. Davor präsentierte sich die Politikwissenschaft als „geschlechtsneutrale“ Disziplin, die die Männlichkeit von Politik in Bezug auf ihre Strukturen und ihr Personal nicht thematisierte oder „entgeschlechtlichte“ wie Eva Kreisky (z.B. 1992; 1995) damals schrieb. Die „Entgeschlechtlichung“ ist eine Seite derselben Medaille. Verschleiert die „Entgeschlechtlichung“ die Männlichkeit der Politik und lässt sie geschlechtsneutral erscheinen, so sorgt die „Vergeschlechtlichung“ von privater und öffentlicher Sphäre, von Erwerbs- und Hausarbeit etc. dafür das bestimmte Bereiche und Arbeiten jeweils Frauen und Männern zugewiesen werden. Damit sind zwei wesentliche Mechanismen bezeichnet, die Hierarchien im Geschlechterverhältnis aufrechterhalten, immer wieder aufs Neue herstellen und die sich auf die und die politische Partizipation von Frauen auswirken.

Inzwischen ist es in der Forschung allerdings etwas still geworden um dieses Thema, die Euphorie der 1980er und 1990er Jahre ist dahin, der „Megatrend“ Frauen in der Politik ist abgeflaut, vielmehr stehen wir einem Backlash gegenüber, der sich inzwischen auch in radikalen Männerrechts-Gruppen und antifeministischen Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft manifestiert. Aktualisierungen der theoretischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre sind kaum zu finden, die wenigen Studien, die es gibt, sind v.a. empirisch ausgerichtet. Was eine wichtige Grundlage darstellt, aber in den Strategien und Empfehlungen m.E. zu bestimmten Einseitigkeiten und Verkürzungen führen kann.

Was vor 20 Jahren noch klarer schien als heute, ist dass es nicht die Frauen sind, die einen Mangel auszugleichen haben, sondern dass auch die Frage zu stellen ist, wie Strukturen verändert werden müssen, damit sie den Bedürfnissen von Frauen (und anderen ausgeschlossenen Gruppen) gerechter werden. Dass sich das gesamte politische System und

unsere politische Kultur unter einem gesetzlichen Frauenausschluss bzw. einem Politik-Verbot für Frauen entwickelte und welche Konsequenzen dies hatte und hat, kommt in den gegenwärtigen Analysen kaum noch zum Tragen.

Heute gewinnt man vermehrt wieder den Eindruck, dass es die Frauen sind, die etwas lernen müssen, die sich anpassen müssen, die nicht für politische Positionen zu gewinnen sind und insofern auch irgendwie selbst schuld sind an ihrer Unterrepräsentation. Politiklehrgänge für Frauen vermitteln – bei aller Nützlichkeit – den Eindruck, dass Frauen etwas lernen müssen, was Männern offenbar in den Schoß fällt. Eine Frage, die man stellen könnte, wäre auch – braucht es vielleicht ein Gender-Trainings für Männer, die politische Funktionen besetzen möchten, damit sichergestellt werden kann, dass sie Frauen nicht (bewusst oder unbewusst) abwerten und ausgrenzen, also ihren demokratischen Auftrag nachkommen?

Ich habe die Aufgabe gestellt bekommen die Chancen und Beschränkungen von Frauen in der Gemeindepolitik zu erörtern, aber auch darüber nachzudenken bzw. ein paar Thesen zur Diskussion vorzulegen, wie Beteiligungschancen erhöht werden können und was es braucht, um Frauen besser einzubinden. Der Titel von der *Theorie zur Praxis* legt nahe, dass wir mit der Theorie beginnen, um dann zu den aktuellen Verhältnissen und Ansatzpunkten für mehr Frauenbeteiligung *und* mehr Demokratie zu gelangen, denn das geht Hand in Hand.

### **Theorie: Frauen und Politik**

Frauen in die Politik zu holen, heißt nicht nur dass Frauen politische Funktionen und Mandate einnehmen, sondern auch dass sie ihre Interessen und Bedürfnisse, die aus ihren Lebensverhältnissen resultieren in die politische Sphäre einbringen. Politik ist die Artikulation von Interessen und Bedürfnissen und eine Interpretation dieser Bedürfnisse z.B. in dem Sinn, dass sie analysiert und in politische Maßnahmen übersetzt werden. Das hieß historisch zunächst, dass vormals als unpolitisch betrachtete Bereiche zu Fragen der Politik gemacht wurden. „Das Private ist politisch!“ lautete deshalb eine der zentralen Parolen der Zweiten Frauenbewegung.

Dass das Private bzw. das Persönlich immer schon politisch war, hat unter anderen die Soziologin Frigga Haug (1996, 166) deutlich gemacht, wenn sie ausführt, dass auch Männer in politischen Funktionen ihre persönlichen Erfahrungen, Lebenswelten und Bedürfnisse in

die Politik einbringen und auf dieser Basis Entscheidungen fällen – allerdings mit dem Schein der Neutralität bzw. der Verallgemeinerung männlichen Interessen.

### ***Die Männlichkeit der Politik***

Männlichkeit im Politischen ist in einem doppelten Sinn zu verstehen – als Selbstverständlichkeit der Männlichkeit des politischen Personals und im Sinne einer Durchsetzung männlicher Interessen, die als allgemeine Interessen totalisiert werden (vgl. Kreisky 1997). Diese Männlichkeit in doppeltem Sinn hat weitreichende Folgen. Fragen, die sich hier stellen sind folgende: Wer interpretiert Bedürfnisse? bzw. Wer hat die Macht Bedürfnisse zu interpretieren – wie sie zu behandeln sind, welche Maßnahmen sie bedürfen usw.? Und schließlich: Wer legt fest, was überhaupt Bedürfnisse sind?

Die Zweite Frauenbewegung hat unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Struktur der Geschlechterverhältnisse und den Beschränkungen, denen Frauen unterworfen waren und z.T. noch sind, ihre staatsbürgerlichen Rechte und ihr Zugang zur politischen Öffentlichkeit beschnitten werden. D.h. z.B. auch, dass ein formal gleicher Zugang zu politischen Rechten, noch keine gleichen Teilhabechancen in einem unter Frauenausschluss etablierten politischen System garantiert. Gleiches gilt für die männlich geprägten Parteien und Verbände. Wesentlich ist dabei bei auch, dass Frauen lange Zeit nicht nur vom Feld des Politischen ausgeschlossen wurden. Es wurde ihnen auch der Zugang zu Ressourcen verweigert, die als Voraussetzung für „Politik als Beruf“ gelten – in erster Linie sind das Bildung und Wissen.

Soziale Rechte, die sich am männlichen Arbeiter als Normalität orientieren, machen Frauen zu Sonderfällen von nachrangiger Bedeutung und sichern ihre sozialen Risiken nicht oder nur unzureichend ab und definieren (überlebensnotwendige) Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Pflege, Kindererziehung) als Privat- und damit Frauensache. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit einerseits durch Ehe- und Familienrecht und andererseits durch eine sexistisch und androzentrisch geprägte – also den Mann als Norm setzende – Öffentlichkeit stellen sich nicht ‚nur‘ als Angriff auf das weibliche Selbstbestimmungsrecht, die körperliche Integrität von Frauen (durch sexistische Übergriffe und Gewalt) dar, sie beschneiden auch ihren Zugang zur öffentlichen Sphäre und damit ihren

Staatsbürgerinnenstatus (vgl. Orloff 1993, Weiss 2008, Jenson 1995).

Freilich haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele Veränderungen ergeben, zu meinen, dass die Beschränkungen von Frauen heute keine Rolle mehr spielen oder die Männlichkeit der Politik Schnee von gestern sei, wird der Realität aber kaum gerecht. Denn die permanente Rede von der vollendeten Gleichstellung der Geschlechter hat sich zu einem guten Teil als „rhetorische Modernisierung“ erwiesen. Sie wird zwar allerorten vertreten, die soziale Praxis sieht aber immer noch ganz anders aus – sie ist relativ resistent gegen geschlechterdemokratische Veränderungen, wobei heute aber kaum noch die Strukturen, sondern – im Sinn einer neoliberalen Individualisierung sozialer Problemlagen – die Frauen selbst dafür verantwortlich gemacht werden.

### ***Frauenpolitische Aufbrüche und unerledigte Ansprüche***

Kritik an den Möglichkeiten politischer Partizipation äußerte sich innerhalb der Frauenbewegung schon in den neuen und unkonventionellen politischen Formen und Praxen, die nun erprobt wurden (Jenson 1995, 422-242) – ein Art des Politik-Machens, die Frauen auch heute noch zu einem großen Teil bevorzugen (Obertegger/Oedl-Wieser 2014). Die (formalen) Mittel gegen eine mangelnde politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im politischen System wurden aber von Frauen aus den Parteien gefordert und eingesetzt. So forderten die SPÖ-Frauen mehrfach Frauenquoten und setzten (nach harten Auseinandersetzungen mit ihren männlichen Genossen) 1985 eine 25%-Quote und 1993 eine 40%-Quote durch. (Rosenberger 1992, 110-112; Thurner/Weiss 2008, 189-200). Schließlich wurde Frauenpolitik Ende der 1970er Jahre ein staatliches Politikfeld, mit Johanna Dohnal und Franziska Fast als Frauenstaats-sekretärinnen (vgl. Thurner/Weiss 2008).

Inzwischen haben Frauen in der Bildung und in der Berufsqualifikation unglaublich aufgeholt und stellen eine Masse dar, die sich nicht mehr so leicht verdrängen lässt. Allerdings gibt es Bereiche, in denen Sie leichter vordringen können, während in anderen die Entwicklungen sehr langsam von statten gehen. Top-Positionen in der Wirtschaft sind nach wie vor v.a. männlich besetzt, auch der Wissenschaftsbetrieb erweist sich als relativ resistent gegen Frauen. Der Frauenanteil an den Professuren lag im Studienjahr 2013/14

immer noch bei nur 22% (BMBF 2015, 28), d.h. knapp 80% der Professuren sind von Männern besetzt – und das nach fast einem Vierteljahrhundert Bundes-Gleichbehandlungsgesetz. Am meisten geöffnet hat sich bislang der Bereich der Politik. Betrachtet man die Ebene des Nationalrates, ist seit den 1970er Jahren eine kontinuierliche Zunahme an weiblichen Abgeordneten festzustellen. Der Höchststand mit 34% wurde in der Gesetzgebungsperiode 2002 bis 2006 erreicht, heute sind es nur mehr 31% (im Bundesrat 28%) (ebd., 47).

Wir können aber nicht von einem kontinuierlichen Fortschritt in der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse ausgehen. Es gibt eine Menge Errungenschaften, aber auch Unerledigtes. Wenn wir von sozialen Rechten sprechen – z.B. die Frage der unbezahlten Arbeit, der Arbeitsbewertung, der Lohndiskriminierung, der Umverteilung der unbezahlten Arbeit. Und nicht zu Letzt sind die persönlichen Freiheitsrechte zu nennen, das Selbstbestimmungsrecht über den Körper – gesetzliche Einschränkungen wurden zwar zurückgedrängt, allerdings ist z.B. Abtreibung – 41 Jahre nach Beschluss der Fristenlösung – nicht in allen Bundesländern möglich. Gewalt gegen Frauen beschränkt nach wie vor den Zugang von Frauen zur Öffentlichkeit und beeinträchtigt ihre körperliche Integrität – und auch hier sind wir mit einer Banalisierung der Gewalt gegen Frauen konfrontiert: von Seiten antifeministischer Gruppen und Männerrechtlern wird Männergewalt gegen Frauen zunehmend als „feministischer Mythos“ diffamiert (vgl. Weiss 2013).

Auch die Forderung „Jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau“ – manche erinnern sich vielleicht noch an die Kampagne von Johanna Dohnal und die entsprechenden Plakate – von 1979 harrt noch ihrer Umsetzung.

### **Praxis: Frauen und Politik**

Die Gemeindeebene wird gerne als Schule der Demokratie bezeichnet, umso bedenklicher ist es, dass der Frauenanteil an den GemeinderätInnen so gering ist, denn hier ist nicht einmal jeder fünfte Abgeordnete eine Frau. Etwa 6% der BürgermeisterInnen in Österreich sind Frauen und der Frauenanteil in den Gemeinderäten liegt etwa bei 17% (Winter 2015). Eine umfassende, vorwiegend empirische, Untersuchung zum Thema gab die burgenländische Landesregierung in Auftrag (Reinwald/Damyanovic/Weber 2011), für Tirol

gibt es eine Dissertation, die sich u.a. dem Thema widmet (Schiestl 2013), ansonsten scheint sich das Interesse an der Partizipation von Frauen auf der kommunalen Ebene eher in Grenzen zu halten.

### ***Die politische Klasse***

Also sehen wir uns die Praxis der politischen Klasse und ihre Reproduktion genauer an. Was sind die ausschlaggebenden Faktoren für Zugang und Verbleib in politischen Funktionen und Mandaten? Und was macht es für Frauen so schwierig in politische Funktionen/Mandate vorzudringen? Ausschlaggebende Faktoren sind die soziale Herkunft/Klasse, Bildung/Wissen und soziale Beziehungen/Netzwerke. Je höher die politische Ebene, desto ausschlaggebender dürfte die **soziale Herkunft** sein – im österr. Nationalrat sitzen derzeit nur zwei unselbstständige Arbeiter (keine Arbeiterinnen), die meisten kommen aus dem öffentlichen Dienst, den Freien Berufen, den Sozialversicherungen, Parteien oder Interessenvertretungen und dem Dienstleistungsbereich (Republik Österreich 2016). In Bezug auf **Bildung** wissen wir, dass Frauen nicht nur aufgeholt haben, sondern die Männer längst überholt haben – allerdings profitieren Frauen weniger von ihren Qualifikationen und Leistungen. Die Pflege sozialer Beziehungen und Netzwerke – also die Investition in **Sozialkapital** – hat sehr viel mit Zeitressourcen zu tun und hier sind Frauen – Stichwort: unbezahlte Arbeit (Pflege, Hausarbeit, Erziehung) – eindeutig nach wie vor im Nachteil.

Für die Gemeindeebene gibt es dazu keine Untersuchungen, dass aber das Sozialkapital auf allen Ebenen zentral ist, liegt auf der Hand. Aber was ist darunter genau zu verstehen?

Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind – es sind dies Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen. Es besitzt eine große Verbindlichkeit und bezeichnet materielle und symbolische Tauschbeziehungen in einem Gruppensystem – jedes Mitglied investiert in sie und gewinnt einen Nutzen aus seiner Gruppenzugehörigkeit. Der Nutzen ist gebunden an die Existenz der Gruppe (Bsp. Männerbünde, Seilschaften). Vorteile werden nicht nur aus Tauschbeziehungen gewonnen, sondern auch aus dem Wissen anderer um die

Gruppenzugehörigkeit. Wichtig für die Gruppenzugehörigkeit sind Manieren, Art des Sprechens und Verhaltens als sichtbare Zeichen der Homogenität und Demonstration der Zusammengehörigkeit (Rebenstrof 1995, 64-70).

Wenn es aber um Homogenität geht, sind damit nicht nur „gemeinsame Sprache und Manieren“ – also erlernbaren Verhaltensweisen – gemeint, dies geht auch mit sexistischen und rassistischen Abgrenzungen einher; die Grenzen der Gruppe muss gewissermaßen geschützt werden. Je nach Partei spielen selbstverständlich auch klassenspezifische Ausgrenzungen eine mehr oder weniger starke Rolle. Homogenität heißt aber auch, dass „mann“ dazu tendiert Kontakte zu Mitgliedern der eigenen sozialen Gruppe zu pflegen, sie zu fördern etc. Da die Mehrheit der EntscheidungsträgerInnen männlich ist, bevorzugen sie (bewusst oder unbewusst) Männer – das ist einer der Grundpfeiler der Reproduktion männlicher politischer Eliten. Männerbünde und Seilschaften werden durch Quotensystem zwar ein Stück weit aufgebrochen, aber nicht grundlegend in ihrem Funktionieren und Weiterbestehen erschüttert.

### ***Hindernisse, Behinderungen und Perspektiven***

Fassen wir die Hindernisse und Behinderungen, denen Frauen in der politischen Praxis gegenüberstehen zusammen:

- Männlichkeit des politischen Systems, der Parteien und der politischen Kultur
- sexistische Abwertungen von Frauen in der politischen Arbeit (vgl. Rossmann 1995)
- Männerbünde und Seilschaften, die demokratische Prozesse unterlaufen
- geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und unterschiedliche Zeitressourcen
- antifeministische Tendenzen, Infragestellung feministischer/frauenpolitischer Standards

Daraus resultiert eine ***Fremdheit*** von Frauen in der Politik, denn die quantitative Zunahme von Frauen in Gremien der konventionellen Partizipation bedeuten noch keine gelungene Integration und Anerkennung. Partizipationsforscherinnen haben in Studien zu Frauen in der Politik vier wesentliche Strategien von Frauen im Umgang mit dem „Fremdsein in der Politik“ identifiziert:

- das Leiden am Vorgefundenen;
- die Herausforderung am Vorgefundenen;
- das Paktieren mit dem Vorgefundenen; und
- die reflektierte Nutzung des Vorgefundenen.

Die Verhaltensmuster zeigen, dass sich Frauen nicht unreflektiert oder selbstverständlich auf dem politischen Terrain bewegen, sie sind sich dessen bewusst, dass sie als Frauen Außenseiterinnen sind. Sie werden in der Forschung auch als integrierte Außenseiterinnen bezeichnet, als „outsiders within“. Damit wird aber nicht nur eine soziale Position als Dazugehörige und zugleich am Rand Stehende markiert, aus dieser besonderen Situation kann sich auch eine besondere Erkenntnisfähigkeit entwickeln, die sich aus dieser zwiespältigen Lage ergibt. Die „Fremdheit“ wird als Chance für Irritationen begriffen. Fremde stellen in Frage, sie passen nicht in die unhinterfragten Gegebenheiten von Gruppen und damit können sie – als Außenseiterinnen – Informationen, Prozesse und Strukturen eher erkennen und deuten, die den „Alteingesessenen“ nicht (mehr) auffallen (Holland-Cunz 2003, 177-179).

Schlüsselt man das Prinzip der Fremdheit nicht geschlechterpolarisiert als männliche Macht vs. weibliche Unschuld auf, sondern betrachtet es als Erkenntnischance, so ergeben sich Möglichkeiten des radikalen Einspruchs, des Widerstandes und der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen. Integrierte Außenseiterinnen können die Beziehung zwischen außen und innen, zwischen Rand und Zentrum besser begreifen bzw. aufdecken und enthüllen damit grundlegende gesellschaftliche Widersprüche. Darin liegt die Chance, dass sie sich der herrschenden gesellschaftlichen Logik widersetzen. Die Position, die sie innehaben, schärft den Blick für Herrschaftsbeziehungen und für das Außen und das Innen – sie kennen sich mit den Orten der Macht, denen des Widerstandes und mit den Beziehungen zwischen beiden aus. In beiden Feldern sind sie zugleich Einbezogene und Fremde und haben dadurch die Chance einschlägige Rituale politischer Praxis genau zu studieren.

Diese Chance übersetzt sich aber nicht automatisch in die Realität. Die Irritationen, die sich für Frauen in der Politik ergeben, müssen erst durch Deutung erarbeitet werden (=Arbeit an der Wahrnehmung). Es geht hier also um die kritische Reflexion des eigenen

gesellschaftlichen Ortes.

Damit komme ich zum letzten Punkt meines Vortrages, nämlich dazu, wo die Ansatzpunkte für mehr Frauenbeteiligung und die Demokratisierung von politischen Prozessen und Gremien liegen.

### ***Was tun?***

Wir wissen, dass ein ganz wesentlicher Faktor für die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen die **Zeit**-Frage ist. Was also für die Erwerbsarbeitsmarktintegration von Frauen wesentlich ist – eine Ausweitung von sozialen Diensten in Betreuung, Pflege und Erziehung und eine gerechte Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern – ist auch zentral für die politische Teilhabe von Frauen. Entsprechenden Forderungen wird meist mit dem Kosten-Argument bzw. der Sparpolitik begegnet. Allerdings gibt es inzwischen eine Reihe von Untersuchungen, die belegen, dass Sozialinvestitionen nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind (vgl. Buxbaum/Gruber 2016). Andererseits ist es auch nötig wieder die Verantwortung von Männern zu thematisieren, sollen sich die alten Verhältnisse nicht immer wieder auf neue reproduzieren. Für Gemeindepolitik heißt dies konkret auch, dass Termine/Sitzungen auch an den Bedürfnissen von Frauen ausgerichtet werden müssen.

Die **Männlichkeit** des politischen Systems, der Parteien und Institutionen zum Thema machen ist ein weiterer wesentlicher Punkt – es sind nicht die Frauen, die „ungenügend“ sind, es sind die Strukturen; Frauen sind keine Sonderfälle, sondern die Hälfte der zu vertretenden WählerInnen. Strukturen und politische Maßnahmen müssen die Interessen und Bedürfnisse von Frauen gleichermaßen reflektieren, wie die von Männern (Bsp. Fußballplatz vs. Kinderbetreuung, Subventionierung von Vereinen, öffentlicher Verkehr etc.). Gender Budgeting ist ein Instrument, das hier zum Einsatz kommen könnte.

**Männerbünde** und Seilschaften müssen als anti-demokratische Institutionen thematisiert werden. Transparenz in der Vergabe sowohl von Posten als auch von Geldern muss durch nachvollziehbare und öffentliche Entscheidungsprozesse gewährleistet werden. Frauen müssen nicht die selben Seilschaften bilden, wie oftmals gefordert wird, sie müssen vielmehr demontiert werden, weil sie undemokratisch sind. Abgesehen davon muss man

wohl auch zur Kenntnis nehmen, dass Frauennetzwerke kaum die Effektivität von Männerseilschaften erreichen.

Um die *Fremdheit* in der Politik produktiv zu nutzen und letztlich zu überwinden, brauchen die Frauen, die in Gremien sind Rückhalt von ihrer Frauenorganisation, KollegInnen (Frauen und Männer), sie brauchen Erfahrungs-Austausch mit anderen, Input und Expertise von außen, um ihre Erfahrungen begleitet reflektieren zu können.

Es gilt aber auch sich gegen Rückschläge und Angriffe, wie jene aus dem Bereich des *Antifeminismus* auseinandersetzen (Bsp.: Gerhard Amendt, Walter Holstein, Christine Bauer-Jelinek etc.) und zu analysieren. Es sind die nicht zuletzt Strategien (Diffamierung, Denunziation, Drohungen, Gewalttätigkeit, Stalking) der Einschüchterung und der Angst, die ernst genommen und thematisiert werden müssen.

## **Fazit**

Tatsächlich könnten die Gemeinden eine Schule der Demokratie werden, weil hier politische Prozesse und Entscheidungen direkter kommunizierbar sind und weil die BürgerInnen besser einbezogen werden können. Man könnte hier neue Formen der Beteiligung erproben – etwa in moderierten Diskussionen – und Räume zum „Demokratie-Lernen“ entwickeln. Denn eines muss uns bewusst sein – wir alle haben wenig Erfahrungen mit Demokratie, wenn wir Demokratie als Konzept gesellschaftlicher Gestaltung radikal ernst nehmen. Weder die Schule, noch die Arbeit und meist auch nicht die Familien sind demokratisch organisiert oder Lernräume für Demokratie, im Gegenteil, meist sind sie hierarchisch oder gar autoritär strukturiert. Grundlegend für demokratische Auseinandersetzungen und das Lernen von Demokratie ist auch das Erlernen einer Diskussions- und Kommunikationskultur.

Was könnte Demokratie oder die Demokratisierung aller Lebensbereiche – wie sie von den sozialen Bewegungen ab den 1960er Jahren gefordert wurde – bedeuten? Wir leben in einer hoch-arbeitsteiligen und differenzierten Gesellschaft. Radikale Demokratie greift in alle gesellschaftlichen Bereiche ein, sie betrifft natürlich nicht nur die politische Sphäre im engeren Sinn. Wollen wir mehr politische Beteiligung, dann brauchen wir auch eine neue Umverteilungspolitik, eine Reduzierung persönlicher und ökonomischer Abhängigkeiten,

Arbeitszeitverkürzung, höhere Einkommen, eine neue Steuerpolitik etc.

Auch wenn auf kommunaler Ebene die Einflussmöglichkeiten auf diese Dinge beschränkt sein mögen, so ist dort doch der Ort, an dem Diskussionen stattfinden müssen. Es braucht politische Auseinandersetzung und Diskussion, politische Bildung und Information. Und es gelingt im Kontext von Gemeindepolitik aufgrund der Kleinräumigkeit der Strukturen besser an die Lebensrealitäten der Menschen anzuknüpfen.

Grundlage emanzipatorischer Politik war es immer abstrakte politische Zusammenhänge mit alltagsweltlichen Erfahrungen in Verbindung zu bringen bzw. auf eine persönlich erfahrbare Ebene herunter zu brechen.

Ein Beispiel: Fehlende Kinderbetreuung (*Politik*) bedeutet dann nicht nur eine eingeschränkte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern die Mobilisierung von – vor allem gering qualifizierten – Frauen als billige Arbeitskräfte für atypische Arbeitsverhältnisse, die keine Existenzsicherung ermöglichen und Armut und ökonomische Abhängigkeit von Frauen zur Folge haben (*Ökonomie*). Damit verbindet sich eine generelle Abwertung von Frauenarbeit in unseren patriarchal strukturierten Gesellschaften (*Kultur*) – manifest in der Einkommensdiskriminierung. Diese Verweigerung von weiblicher Autonomie geht allzu oft damit einher, dass Frauen in nicht mehr gewollten oder sogar Gewaltbeziehungen verbleiben (persönliche Erfahrbarkeit).

Das zeigt wie sehr private Lebens- und Liebesverhältnisse mit gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen verwoben sind, wie sich „große“ Politik im Alltäglichen widerspiegelt und die vielfältigen Ansatzpunkte für Politisierung und Emanzipation.

### **Literatur:**

*BMBF* (2015). Frauen und Männer in Österreich. Gender-Index 2015, Wien.

*Buxbaum, Adi/Angelika Gruber* (2016). Sozialinvestitionen – „Opfer“ des herrschenden Austeritätsregimes in Europa trotz evidenter Mehrfachdividende. In: Alexandra Weiss (Hg.): Ein anderes Europa. Konkrete Utopien und gesellschaftliche Praxen, Wien, 137-155.

*Haug, Frigga* (1996). Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung. In: *Dies.* (Hg.), Frauen-Politiken, Berlin/Hamburg, 155-175.

*Holland-Cunz, Barbara* (2003). Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt a. M.

*Jenson, Jane* (1995). Extending the Boundaries of Citizenship: Women's Movement of Western Europe. In: Amrita Basu (ed.): The Challenge of Local Feminism. Women's Movement in

Global Perspective, Boulder/San Francisco/Oxford, 405-434.

- Kreisky, Eva (1992). Der Staat als „Männerbund“. Der Versuch einer feministischen Staatssicht, in: Elke Biester et al. (Hg.): Staat aus feministischer Sicht, Berlin.
- Kreisky, Eva (1995). Der Stoff aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung, in: Regina Becker-Schmidt / Gudrun-Axeli Knapp (Hg.): Das Geschlecht als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M.
- Kreisky, Eva (1997): Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektionen der Kategorien einer Disziplin, Frankfurt a. M.*
- Obertegger, Jutte/Theresa Oedl-Wieser (2014). Mehr Frauen in die Kommunalpolitik durch Politiklehrgänge in Tirol – Vision oder Wirklichkeit? In: Manuela Larcher et al. (Hg.): Frauen am Land. Potentiale und Perspektiven, Innsbruck/Wien/Bozen.
- Orloff, Ann Shola (1993). Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States, in: American Sociological Review, Vol. 58, Nr. 3, June, S. 303-328.*
- Rebenstorf, Hilke (1995). Die politische Klasse. Zur Entwicklung und Reproduktion einer Funktionselite, Frankfurt a.M.*
- Reinwald, Florain/Doris Damyanovic/Friedericke Weber (2011). Abschlussbericht – Frauen in der burgenländischen Gemeindepolitik, Wien-Eistenstadt, [http://www.burgenland.at/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Buerger\\_und\\_Service/Frauen/2440\\_Studie\\_zur\\_Gemeindepolitik.pdf](http://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Buerger_und_Service/Frauen/2440_Studie_zur_Gemeindepolitik.pdf) (01.09.2016).*
- Republik Österreich (2016). Parlament. Statistik der Abgeordneten zum Nationalrat. Berufsstruktur nach Berufszweigen, Stichtag 08.07.2016, [https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/BERUF/berufsstatistik\\_NR\\_XXV\\_20160708.shtml](https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/BERUF/berufsstatistik_NR_XXV_20160708.shtml) (17.09.2016).*
- Rossmann, Eva (1995). Unter Männern. Frauen im österreichischen Parlament, Wien.*
- Schiestl, Gisella (2013). Frauen in der Tiroler Politik. Beteiligung an institutionalisierten Politikformen, Innsbruck.
- Thurner, Erika / Alexandra Weiss (2008). Johanna Dohnal. Innensichten österreichischer Frauenpolitiken. Innsbrucker Vorlesungen, Innsbruck/Wien/Bozen.*
- Weiss, Alexandra (2008). Geschlecht, Staatsbürgerschaft und zivilgesellschaftlicher Protest. In: Marlen Bidwell-Steiner / Ursula Wagner (Hg.): Freiheit und Geschlecht. Offene Beziehungen, prekäre Verhältnisse (Ringvorlesung "Gender Subjects VI" an der Universität Wien) Innsbruck/Wien/Bozen, 49-62.*
- Weiss, Alexandra (2012). Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen im fordistischen und Postfordistischen Kapitalismus, Münster.*
- Weiss, Alexandra (2013). „Geschlechterkampf“ – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid. In: Birgit Riegraf/ Heike Kahlert et al. (Hg.) Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven, Münster, 37-57.*
- Winter, Jakob (2015). Nur 6% der österreichischen Gemeinden werden von Frauen regiert. In: Profil, 27.02.2015, <http://www.profil.at/oesterreich/kommunalpolitik-nur-gemeinden-frauen-5531893> (17.09.2016).*